

# Protokolleintrag vom 06.07.2011

2011/270

**Postulat von Maleica Landolt (GLP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 06.07.2011:**

**Erarbeitung eines Konzepts für den gemeinsamen Versand von Wahlprospekten bei den Gemeinde-, Kantons- und Nationalratswahlen**

Von Maleica Landolt (GLP) und Markus Hungerbühler (CVP) ist am 6. Juli 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ein gemeinsamer Versand von Wahlprospekten der beteiligten Parteien bei Gemeinde-, Kantons- und Nationalratswahlen organisiert und umgesetzt werden kann. Bei den Abklärungen und der Erarbeitung eines möglichen Konzeptes sollten nach Möglichkeit alle im Gemeinderat vertretenen Parteien miteinbezogen werden wie auch die Kreiswahlbüroverantwortlichen und eine entsprechende Vertretung der Stadt, welche das vorhandene Knowhow einbringen können.

Der Aufwand für den gemeinsamen Versand der Wahlprospekte soll für die Stadt kostenneutral sein, indem die Parteien die Unkosten nach einem vereinbarten fairen Modell aufteilen.

Begründung:

Der gemeinsame Versand von Wahlwerbung macht sowohl ökologisch wie auch ökonomisch Sinn. Zusätzlich gibt es auch einen wichtigen politischen Aspekt: Wer auswählen kann, kann auch wirklich wählen.

Unsere Demokratie besteht und lebt von einem vielfältigen ausgewogenen Angebot von unterschiedlichen Parteien. Mit einem gemeinsamen Versand, wie es zum Beispiel in der Stadt Winterthur oder im Kanton Aargau Praxis ist, würden den Städtzürcher Stimmberechtigten die Informationen aller kandidierenden Parteien zur Verfügung stehen. Somit hätten die Wählenden die umfassende Information zur Auswahl für die Wahl.

Ausserdem darf die Beteiligung am politischen Geschehen für eine Partei nicht von den Finanzierungsmöglichkeiten abhängen, darum sollten die Kosten des Versands nach einem gerechten fairen Modell – zum Beispiel nach dem erreichten Wähleranteil bei den vorherigen Wahlen auf der entsprechenden Stufe – auf alle Beteiligten aufgeteilt werden. Für jede Partei würde der finanzielle Aufwand somit massiv verringert werden.

Mitteilung an den Stadtrat